

Alice Weidels Privatleben am Medienpranger

☒ Wer dieser Tage per Google nach der Alternative für Deutschland sucht, erhält neben den obligatorischen, parteiapokalyptischen Umfragen zu den anstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, die der AfD den von vielen Medien und Politikern lang ersehnten Tiefflug prophezeien, vor allem Einträge über Alice Weidel, die Frau, die sich mit Alexander Gauland die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl teilen wird.

(Von Stresemann)

Weidel ist homosexueller Ausrichtung, christlichen Weltbildes und den Medien nach zu allem Überfluss auch noch Mitglied einer rechtsgerichteten Partei, der man mangels gehaltvoller Argumente vor allem mit Urteilsschablonen zu begegnen versucht. Eine dieser Schablonen ist der Vorwurf der Homophobie, dessen Rechtfertigung nach der Wahl einer Homosexuellen zur Spitzenkandidatin nun auf der Kippe steht.

Die Partei hat nicht nur an und für sich strategisch klug gehandelt und nimmt mit der Wahl Alice Weidels vor allem jenen den Wind aus den Segeln, die bei jeder Gelegenheit versuchen, auf der Homophobie-Welle zu surfen, sie stiftet vor allem zu einer albernem Kreativität der Vernaderung und Miesmacherei in der deutschen Journaille an.

Dabei dürfte klar sein, dass die Partei mit Sicherheit nicht zuvor intern zur Wahl Weidels aufgerufen haben dürfte. Einerseits können weder alle zum Bundesparteitag entsandten Parteimitglieder in ihrem persönlichen Votum gleichgeschaltet, noch könnte eine solche Order geheimgehalten werden. Mit absoluter Sicherheit wäre ein solcher Aufruf auf beliebigem Wege nach außen gelangt und hätte für reichlich Wirbel in den

Medien gesorgt – zum Kollateralschaden der Partei.

Selbstverständlich hätte es am Folgetag Schlagzeilen geregnet, die Partei hätte zur Wahl Weidels aufgerufen, um sich eben jene Person als Talisman gegen Homophobie-Vorwürfe umhängen zu können. Dass die Delegierten aber tatsächlich keinen Anstoß an Weidels sexueller Ausrichtung finden und sie aus politisch-inhaltlicher Überzeugung wählten, käme den Medien nicht in die Tüte. Schließlich braucht es zur Auflagensteigerung ein kontroverses Thema, über das man sich pseudomoralisch das Mundwerk zerreißen kann, während man zugleich das halbe Privatleben bzw. die Sexualität Weidels zur öffentlichen Sache macht, um öffentlich einen vermeintlichen Widerspruch zwischen ihrer Ausrichtung und den Positionen der AfD auf die Agenda zu setzen.

Ähnliche Vorgänge hatte es bereits gegeben, als der schwarzafrikanische AfD-Politiker Achille Demagbo das Interesse der Medien weckte. Ein Schwarzer als Mitglied einer rechtsorientierten Partei – ein solcher „Widerspruch“ dürfe von den Medien, die sich etwas Schlagzeilenpotentes herbeikonstruieren, nicht ungefressen am Straßenrand liegen gelassen werden. Dabei wurde der Partei vorgeworfen, sie würde mit Demagbo eine Art „Quoten-Neger“ unterhalten, um gegen Rassismuskorrekturen geschützt zu sein.

Erst ein Interview mit Demagbo selbst, in dem er aussagte, er sei nie abfällig behandelt und sogar in den Landesvorstand gewählt worden, beerdigte das Thema – aber freilich nicht den immer wiederkehrenden Rassismus-Vorwurf. Dieser muss bei jeder Gelegenheit bei der Hand sein, wenn im Kampf der Argumente eine Niederlage droht.

Dabei ist der Süddeutschen Zeitung nun ebenfalls ein besonderer Erguss soziologischer Erkenntnisgewinnung gelungen. [Im Interview mit einer sogenannten „Sozialpsychologin“](#) wird über die persönlichen Beweggründe der Alice Weidel, AfD-Funktionärin zu sein, aufgeklärt.

Dabei unterstellt ihr das Interview Anbiederung an eine bestimmte Strategie, sich als Minderheit einer Mehrheit anzuschließen, um wiederum gegen andere Minderheiten zu „hetzen“ und selbst einen besseren Status zu erhalten. Es wird der Verdacht impliziert, Weidel stünde innerhalb der Partei aus Homophobie tatsächlich insgeheim auf der Schwarzen Liste und würde nur aus strategischen Gründen geduldet.

Dabei ist vor allem zu betonen, dass versucht wird, den vermeintlichen Widerspruch in den Fokus zu rücken, Homosexualität sei mit einer Mitgliedschaft in der AfD unvereinbar. Ich hingegen frage mich, ob nicht die Unvereinbarkeit von Homosexualität und islamischer Ablehnung selbiger einen größeren Widerspruch darstellt.

Weidel selbst hat klargestellt, dass Formen des Zusammenlebens wie homosexuelle Partnerschaften in der islamischen Welt keinerlei Existenzrecht besitzen und die AfD sich dem Kampf gegen diese antiliberalen Erscheinungen und somit dem einzig effektiven Schutz der Homosexualität verschrieben hat. Die etablierte Politik hingegen ignoriert den Hass der islamischen Welt auf die Homosexualität und betätigt sich, in Reih und Glied vor den Karren gespannt, weiterhin als Steigbügelhalter der Hetze gegen sexuell Andersorientierte durch Einwanderer.

Bis das gleichgeschaltete, linke Parolen-Chor zum Eingeständnis dieses wahren Widerspruchs trotz seiner grenzenlosen Arroganz bereit ist, ist die Hölle zugefroren.